Claudia Hämmerling

hat, die uns dann 200 Millionen Euro Schaden eingetragen haben, für zukunftsfähig und für so toll, dass sie der BVG auch noch die S-Bahn anvertrauen möchten?

[Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Christoph Meyer (FDP): Das SPD-Konzept!]

Christian Gaebler (SPD):

Wir reden hier nicht über Finanzdienstleistungen, sondern über Verkehrsleistungen, die die BVG übernehmen soll.

[Zurufe von den Grünen]

Insofern glaube ich, dass die BVG sehr wohl die Kompetenz dazu hat. Ansonsten, Frau Hämmerling, ist dieses Thema ja ausreichend im Hauptausschuss behandelt worden und hat relativ wenig mit der heutigen Aktuellen Stunde zu tun.

[Zurufe von Ramona Pop (Grüne) und
Joachim Esser (Grüne)]

Unsere Forderungen an die Bahn AG: sofortige Rücknahme aller Sparvorgaben bei der S-Bahn.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Immer noch bestreitet die Bahn, dass die aktuellen Probleme bei der S-Bahn mit dem radikalen Sparkurs der vergangenen Jahre zusammenhängen. Herr Homburg! Hören Sie auf, sich und der Öffentlichkeit etwas vorzumachen! Sie haben ein Sparprogramm aufgelegt ohne Rücksicht auf die betriebliche Sicherheit. Hören Sie auf mit den Verschwörungstheorien! Die Probleme bei der S-Bahn sind hausgemacht. Die Verantwortung liegt allein bei Ihnen.

[Alice Ströver (Grüne): Wer hat
denn den Vertrag gemacht?]

Wir fordern darüber hinaus die Mobilisierung aller verfügbaren Fahrzeuge, um auf allen Strecken Ersatzverkehre, gegebenenfalls auch mit Bussen, anzubieten. Die Deutsche Bahn rühmt sich, größtes Busunternehmen Deutschlands zu sein: Wo sind diese Busse? Wir erwarten, dass umgehend so viele Ersatzverkehre wie möglich eingerichtet werden, insbesondere da, wo überhaupt kein Zugverkehr mehr stattfindet.

Und: Alle Züge auf der Stadtbahn müssen selbstverständlich, mindestens während der S-Bahnsperrung, am Bahnhof Zoo halten.

Wir erwarten ein Informationsmanagement, wie es aktuellem technischen Standard entspricht. Handgeschriebene Aushänge und uninformierte Mitarbeiter auf den Bahnhöfen sind völlig inakzeptabel. Es muss doch wohl möglich sein, entsprechende Aushänge und Info-Mappen für Mitarbeiter kurzfristig an alle Bahnhöfe zu verteilen.

[Christoph Meyer (FDP): Das können Sie ja machen! –
Björn Jotzo (FDP): Info-Mappen!]

Wir fordern auch eine schnelle Entschädigung für alle betroffenen Fahrgäste. Es muss endlich Schluss sein mit dem billigen Gefeilsche um Entschädigungen.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Ramona Pop (Grüne): Wer regiert hier noch mal?]

Wir erwarten eine klare Festlegung der Bahn innerhalb von 14 Tagen. Die Entschädigung darf nicht nur für Abo-Kunden gelten, sondern muss auch Monatskarteninhaber und besonders betroffene Pendlergruppen einschließen. Das ist kein Gnadenakt der Bahn. Die Fahrgäste haben einen Anspruch auf Entschädigung, und zwar schnell.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zurufe von Heidi Kosche (Grüne) und
Joachim Esser (Grüne)]

Ein weiterer Punkt ist natürlich die Entlassung des Aufsichtsratsvorsitzenden der S-Bahn, des Diplom-Landwirtes Graf von der Schulenburg, und des hauptverantwortlichen ehemaligen Technikgeschäftsführers Thon. Es ist ein Skandal, dass diese Herren, die Regisseure des Katastrophenszenarios bei der S-Bahn, noch immer gut bezahlt bei der Bahn ihr Unwesen treiben dürfen. Das schafft kein Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der Bahn, hier umzusteuern.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Haben Sie
sich darum nie gekümmert?]

Ausgangspunkt für die überzogenen Gewinnerwartungen an die S-Bahn war die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn AG. Die Berliner SPD hat diese Privatisierung immer abgelehnt,

[Joachim Esser (Grüne): Aber Geld dafür
in den Haushalt eingestellt!]

mittlerweile auch bundesweit in der SPD eine Mehrheit dafür erstritten. Dieses Parlament hat sich mit klarer Mehrheit gegen die Privatisierung ausgesprochen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Nach dem Debakel bei der Berliner S-Bahn müssen auch CDU und FDP endlich einsehen, dass die Privatisierung ein Irrweg ist. Also, meine Herren und wenigen Damen von Schwarz-Gelb: Hier und heute können Sie sich bekennen! Schluss mit den Privatisierungsplänen bei der Bahn!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die geforderte schnelle Ausschreibung der Verkehre wäre im übrigen nur eine andere Form der Privatisierung, denn die BVG könnte sich aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht an einer Ausschreibung beteiligen. Die Deutsche Bahn müsste erst einmal wieder ein Zuverlässigkeitsnachweis erbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei den Grünen! Was wird denn besser, wenn die Tochtergesellschaft eines französischen Atomstromkonzerns von Paris aus die Geschicke der S-Bahn steuert?

[Oh! von der FDP]

Sebastian Czaja (FDP):

Ich habe schon das letzte Mal, als Sie nach der Kollegin Senftleben geschrieen haben, versucht, Ihnen auf diese Frage zu antworten. Frau Senftleben ist zusammen mit Herrn Steffel auf einer Podiumsdiskussion und wird sich über die Bildungsfragen dieser Stadt austauschen. Sie sollten sich schnell auf den Weg dahin machen, um Ihren Kommentar an dieser geeigneten Stelle noch mit dazuzugeben.

Aber nun zum Antrag der CDU-Fraktion und zur heutigen Debatte! Wenn man dasselbe tut, was der Kollege Goetze heute schon einmal getan hat, und sich diese Broschüre anschaut, dann kann man erst einmal sagen, dass die Werbeagentur, die dieses Papier entwickelt hat, oder diejenigen, die sich intensiv damit auseinandergesetzt haben, anscheinend genau einen wunden Punkt getroffen haben. Beim genaueren Studieren dieser Lektüre wird schnell deutlich, dass es insgesamt alles Kulissen sind, die sich im Untergrund abspielen, dass Sie sich konkret auf den Untergrund konzentriert haben. Genauso ist Ihre Schulstrukturreform und die Debatte – sie sind schlicht unterirdisch. Deswegen kann man an der Stelle sagen: Gut getroffen!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es macht deutlich Sinn, einen Bildungskongress einzuberufen. Ein solcher Bildungskongress ist richtig und wichtig. Hamburg und Bremen haben es vorgemacht, selbst bei einem schwierigen Thema wie die Zukunft der Schule einen gemeinsamen Weg zu erörtern. Was Berlin macht, was Rot-Rot macht, seitdem Sie die Stadt regieren, ist beispiellos. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen, die dazu geführt haben, dass wir in dieser Stadt immer noch eine solche Diskussion führen. Ich will Sie an den Modellversuch der eigenverantwortlichen Schule erinnern. Ich will Sie an die flexible Schuleingangsphase erinnern, die in dieser Stadt sehr umstritten ist und auch nicht zu den Lernerfolgen geführt hat, die damit verbunden werden sollten.

Die Reform der Berliner Schule wird seit Jahren nicht richtig ausgeführt. Die Probleme bleiben, und jetzt steht die nächste große Reform vor der Tür. Diese große Reform wird wieder nicht die drängenden Fragen beantworten und wird auch wieder nicht die entsprechenden Probleme lösen. Statt die Probleme zu lösen, wie den Unterrichtsausfall abzustellen und Bildungslücken zu schließen, um die Zukunft unserer Stadt, die Jugendlichen, ausbildungsfähig zu machen, fit für die universitäre und wissenschaftliche Laufbahn, passiert nichts. Stattdessen führen Sie eine Strukturdebatte, drängen sich um Fragen wie Sekundarschule, Gemeinschaftsschule, Realschule, Hauptschule und dergleichen. An den wesentlichen Inhalten ändert sich nichts. Es kommt nicht immer auf die Namen an, sondern auch auf den Inhalt, der noch dazu eine solide Finanzierung als Fundament braucht.

[Beifall bei der FDP]

Damit sind wir beim zweiten Problem. Herr Senator Zöllner hat mittlerweile 23 Millionen Euro jährlich und 10 Millionen Euro einmalig für die Schulstrukturreform genannt. Im Haushaltsentwurf bleiben diese jedoch weiterhin unklar, da in der Maßnahmengruppe Schulstrukturreform gerade einmal 4,7 Millionen Euro für den gesamten Doppelhaushalt eingestellt sind. – Herr Senator! Ich fordere Sie deswegen auf: Probieren Sie nicht, Herrn Wowereit den Trickser oder Herrn Senator Nußbaum den Ankündigungssenator streitig zu machen! Das wird Ihnen nicht gelingen. Stellen Sie Ihre egozentrische Schulpolitik lieber hinter die Interessen der Kinder und deren Zukunft in der Stadt Berlin, damit wir in Berlin vorankommen!

[Beifall bei der FDP]

Wenn Sie die Hinweise der Runde der Bezirksbürgermeister schon nicht für voll nehmen – womöglich, weil Sie in der einen oder anderen Frage den Sachverstand anzweifeln –, dann lassen Sie bitte mindestens Experten oder Betroffene zu Wort kommen, damit ein Konsens zustande kommt, der von den Akteuren in dieser Stadt getragen werden kann, denn das sind die wesentlichen Mitgestalter, die notwendig sind. Das braucht Berlin, damit die Zukunft unserer Stadt nicht im Bildungschaos jede mögliche Perspektive verbaut bekommt. – Gehen Sie also – das ist mein Appell an die Koalition – die Brücke der CDU, die durch die FDP gehalten wird! – Wir stimmen dem Antrag zu.

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie. – Dagegen höre ich keinen Widerspruch.

Ich komme dann zur

lfd. Nr. 5:

II. Lesung

Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner Architekten- und Baukammergesetzes

Beschlussempfehlung BauWohn Drs 16/2540
Antrag der Grünen Drs 16/1421

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatungen der zwei Artikel miteinander zu verbinden. – Dagegen höre ich keinen Widerspruch.

Ich rufe also auf die Überschrift und die Einleitung sowie die Artikel I und II, Drucksache 16/1421. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss für Bauen und Wohnen beschließt einstimmig, den Gesetzesantrag Drucksache 16/1421 für erledigt zu erklären. – Dagegen höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Die lfd. Nr. 6 war Priorität der Fraktionen Die Linke und SPD und wurde unter den Tagesordnungspunkten 4 a und

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

lfd. Nr. 40:

Antrag

Mehr Wohlstand durch Wettbewerb (XI): Transparenz bei Vergabeverfahren herstellen

Antrag der FDP Drs 16/2606

Hier ist keine Beratung gewünscht. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Hauptausschuss. Dazu höre ich keinen Widerspruch, also wird so verfahren.

Die lfd. Nr. 41 war Priorität der FDP und wurde unter dem Tagesordnungspunkt 4 c aufgerufen. Die lfd. Nr. 42 war Priorität der Fraktion der Grünen und wurde unter dem Tagesordnungspunkt 4 b aufgerufen.

Ich rufe jetzt auf

lfd. Nr. 42 A:

Dringlicher Entschließungsantrag

20 Jahre Gründung Neues Forum in der DDR

Entschließungsantrag der CDU, der Grünen und der FDP Drs 16/2615

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Hierzu ist eine Beratung vorgesehen. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Das Wort für die Fraktion der Grünen hat der Kollege Otto.

Andreas Otto (Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt kommt ein angenehmer Punkt, wie ich denke. Wir wollen erinnern an die Gründung des Neuen Forums, was heißt die Gründung – an einen Aufruf! Das 20. Jahr nach der friedlichen Revolution schreitet voran. Wir sind schon über die Hälfte gekommen. Wir als Bündnis 90/Die Grünen möchten mit Ihnen an verschiedenen Punkten in diesem Jahr daran denken, was da geschehen ist. Es war sehr viel, es ging alles sehr schnell, und gerade im Zeitraum von September bis November ist jeden Tag irgendetwas passiert.

Viele, die im Osten, in der DDR, gelebt haben, aber ich glaube, auch die Westberliner, die damals schon dabei waren, können sich erinnern, wie ein Volk aufbegehrte und letztendlich seine Partei- und Staatsführung davonjagte. Ein wichtiges Datum jährt sich heute, am 10. September, zum 20. Mal. Am 10. September 1989 haben sich 30 Leute in Grünheide bei Berlin im Hause Robert Havemanns, der Staatsfeind Nr. 1 war bis zu seinem Tod im Jahr 1982, zusammengefunden und haben einen Aufruf verfasst, der die Überschrift trug: „Aufbruch 89 – Neues Forum“. Der Aufruf ist recht kurz und endet mit den Worten: „Die Zeit ist reif.“

Die Menschen, die da zusammenkamen, wurden ganz schnell eine Sammlungsbewegung, der Tausende, Zehntausende ihre Unterschrift gaben. Sie trafen sich – und das war neu – außerhalb der Kirchen, wo zuvor viele Oppositionsgruppen ein Dach gesucht hatten. Kaja Havemann und Bärbel Bohley sind nur zwei Namen, die ich hier nennen möchte, hatten dazu eingeladen, Menschen aus der ganzen DDR, aus dem Norden, dem Süden, aus Berlin, aus allen möglichen Berufen und verschiedenen sozialen Schichten.

Der Aufruf, den sie am 10. September 1989 veröffentlichten, war, wenn man das heute liest, fast lapidar. Damals – und die DDR-Bürger konnten zwischen den Zeilen lesen – war es eine Sprengladung. Die SED fühlte sich unter Druck. Und zunächst fragten sich alle, was dieser Text bewirken würde. Die Initiatoren – das wirft vielleicht ein Licht auf deren Denken an diesen Tagen – hatten sich für den 1. Advent, also Anfang Dezember, zu einem Folgetreffen verabredet, um dann festzustellen, was aus dem Aufruf geworden sein würde. Wir wissen alle, dass am 1. Advent die Mauer offen war, da wurde auf den Straßen gerufen: Wir sind ein Volk! – Da war viel passiert. Das hatten diese Leute nicht geahnt. 30 hatten den Aufruf unterzeichnet. Innerhalb weniger Wochen gab es 20 000 Unterschriften, in einem Land, in dem Unterschriftensammlungen, wenn sie nicht genehm waren, ins Gefängnis führen konnten.

Es war eine Sammlungsbewegung, in der viele Menschen waren, die nur der Wunsch nach Veränderung einte. Einige fanden sich wenig später in Parteien wieder. Wenn Sie sich erinnern, es gab Leute, die unterzeichnet haben und inzwischen sehr bekannt sind: Wolfgang Thierse, heute Mitglied der SPD im Bundestag, oder Arnold Vaatz, heute Mitglied des Bundestags bei der CDU. Das hat sich sehr schnell in ganz verschiedene Richtungen entwickelt.

Jens Reich, einer der Erstunterzeichner, hat das Ereignis einmal so beschrieben:

> Es war ein Streichholz, das in einem politischen Pulverfass die Zündung für die gewaltlose basisdemokratische Revolte lieferte.

Und so war es dann auch.

In der Folge – Sie entsinnen sich – gab es die großen Demonstrationen in Leipzig, in Berlin, es gründeten sich neue Gruppierungen, neue Parteien. Ich will nur einige hier nennen: Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Die Vereinigte Linke oder auch die Sozialdemokratische Partei. Später gab es noch viele andere. Das Neue Forum legte, glaube ich, eine Grundlage dafür, obwohl der Zenit dieser Bewegung relativ schnell überschritten war. Im März bei der Volkskammerwahl war es schon fast wieder vergessen.

Wir haben in den Antragstext geschrieben:

> Das Abgeordnetenhaus von Berlin erinnert in der heutigen Plenarsitzung an den 20. Jahrestag des Aufrufs und fordert in diesem Sinne alle Berlinerinnen und Berliner auf, das Handeln der Be-

Andreas Otto

gründerinnen und Begründer des Neuen Forums als Ansporn für die Gestaltung des Gemeinwesens auch in der heutigen Gesellschaft zu sehen.

Wir glauben, die Demokratie braucht jeden Tag unser aller Einsatz. Denken Sie an geringe Wahlbeteiligung, denken Sie an Unzufriedenheit, denken Sie daran, wie schwer es auch uns fällt, direkte Demokratie zu entwickeln. All das, glaube ich, ist eine Aufgabe, die uns vielleicht auch die Leute des Neuen Forums vom 10. September 1989 mitgegeben haben, genauso wie sie uns mitgegeben haben, dass die Menschenrechte in anderen Ländern, wo es Diktaturen gibt, unseren Einsatz verlangen, unsere Solidarität und unser politisches Engagement.

In diesem Sinn würde ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Die CDU und die FDP haben mit unterzeichnet. Ich habe gehört, es soll noch ein Debatte über eine Ausschussüberweisung geben. Ich halte das nicht für gut, denn an einem Tag, an dem so ein Jubiläum stattfindet, sollte man sich auch positionieren. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen und der FDP – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Hilse das Wort. – Bitte schön, Herr Hilse!

Torsten Hilse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Otto! Auch uns ist das Anliegen, die Verdienste der Bürgerrechtsbewegung des Herbstes 1989 zu würdigen, ans Herz gewachsen und wichtig. All jenen Menschen, die Sie beschrieben haben, die Mut und persönlichen Einsatz aufbrachten, um die friedliche Revolution in der DDR voranzubringen und herbeizuführen, gebührt unser und Ihr Dank und unsere Hochachtung. Sich gegen Willkür und Diktatur aufzulehnen, war – daran haben Sie erinnert, daran erinnere ich noch mal – mit Gefahren und Nachteilen verbunden. Wenn dennoch immer mehr Menschen Mut fassten und die undemokratischen Verhältnisse nicht mehr hinnehmen wollten, so ist das auch dem Neuen Forum zu verdanken. Aber, sehr geehrter Herr Otto, die Bürgerrechtsbewegung der DDR bestand nicht allein aus dem Neuen Forum.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die DDR-Bürgerrechtsbewegung hatte eine sehr viel breitere Basis.

[Joachim Esser (Grüne): Wie weit kann man sich eigentlich noch biegen, um gegen so einen harmlosen Antrag zu sprechen?]

– Hören Sie erst mal zu! – Im Monat September haben sich neben dem Neuen Forum in wenigen Tagen mehrere Gruppierungen gegründet, sodass man gar nicht mal sagen kann, hier gibt es eine zeitliche Vorrangstellung. Das Neue Forum ist gar nicht denkbar ohne die anderen. Aber lassen Sie mich bitte fortfahren.

Ich möchte daran erinnern, dass sich schon im August 1989 eine Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei formiert hatte.

[Özcan Mutlu (Grüne): Jetzt wissen wir, warum!]

Am 12. September, nur zwei Tage nach dem Tag, an dem das Neue Forum in die Öffentlichkeit trat – –

[Ramona Pop (Grüne): Unglaublich!]

– Ich sage das nur deswegen, weil es deutlich macht, dass in diesen Zeiten so viele Aktivitäten entstanden, dass das Neue Forum eben nicht einmal primus inter pares war, sondern Gleiche unter Gleichen. – Zwei Tage später bereits datiert der Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Ebenfalls am 12. September 1989, auch nur zwei Tage nach der Bekanntgabe des Aufrufs des Neuen Forums, tritt die Bürgerrechtsbewegung Demokratie Jetzt mit ihrem Aufruf in die Öffentlichkeit. Hier sei noch einmal daran erinnert: Wichtige Repräsentanten waren Wolfgang Ullmann und Ulrike Poppe. Auch der Demokratische Aufbruch, der sich später mit der CDU zusammenschloss, meldete sich wenige Tage danach ebenfalls mit einem programmatischen Aufruf zu Wort. Ein führender Vertreter dieser Gruppierung war Rainer Eppelmann, der spätere Abrüstungsminister. Nicht zu vergessen ist in dem ganzen Kontext das Engagement der Evangelischen Kirche, die der Opposition Raum und Podium, aber auch Schutz bot.

Der Erfolg der friedlichen Revolution, der zur Überwindung der DDR und zur deutschen Einheit führte, ist das Ergebnis des Zusammenwirkens aller dieser Gruppen.

[Beifall bei der SPD]

Ich finde, dass es diesem Parlament überhaupt nicht gut zu Gesicht steht, wenn es uns nicht gelingt, parteiübergreifend die Initiativen zu würdigen und wir eine allein herausgreifen.

[Özcan Mutlu (Grüne): Das liegt ja nicht an uns!]

Dann würden wir hinter den Ansatz jener Menschen zurückfallen, die gemeinschaftlich diesen SED-Staat zum Teufel gejagt haben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Ich wiederhole noch mal: Träger des revolutionären Umbruchs waren nicht das Neue Forum allein, nicht die SDP allein, auch nicht der Demokratische Aufbruch allein, auch nicht Demokratie Jetzt allein und auch die Kirche nicht allein. Es waren alle gemeinsam. Und nicht zu vergessen die vielen Menschen, die damals auf die Straße gegangen sind. Es ist mir sehr wichtig, auch darauf noch einmal hinzuweisen.

Die von Ihnen vorgelegte Entschließung ist daher zu eng gefasst. Wir können Ihrem Antrag daher in dieser Form nicht zustimmen, denn wir halten eine Gesamtwürdigung aller Oppositionsgruppen durch das Abgeordnetenhaus in einer von allen Parteien getragenen gemeinsamen Entschließung für anstrebenswert.

[Beifall bei der SPD]

Torsten Hilse

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, an die gemeinsame Erklärung der Oppositionsgruppen vom 4. Oktober 1989 zu erinnern. Herr Otto, ich würde Sie bitten, lesen Sie sich einmal durch, was diese Gruppen am 4. Oktober geschrieben haben. Diese Gruppen bestanden aus Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Gruppe Demokratischer Sozialistinnen, Initiative Friede und Menschenrechte, Sozialdemokratische Partei der DDR, Neues Forum und Friedenskreis. Alle haben sich gemeinsam an die Öffentlichkeit gewandt in dem Wissen, dass sie nur gemeinsam dieses Regime in die Vergangenheit befördern können. Hinter dieses Bewusstsein sollten wir nicht zurückfallen. Wir, dieses Haus, sollten gemeinsam all jene würdigen, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir heute in einer Demokratie leben können.

Ich will das Neue Forum gar nicht kleinreden. Ich glaube, das wir im Ausschuss uns einvernehmlich auf ein Papier verständigen können. Mir widerstrebt diese Partikularisierung mitzumachen, die allzu durchsichtig ist.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Frau Kollegin Ströver hat das Wort zu einer Kurzintervention. – Bitte schön, Frau Ströver!

[Christian Gaebler (SPD): Das ist jetzt die bürgerbewegte Frau Ströver!]

Alice Ströver (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Ihnen schon zu Beginn dieses Jahres gesagt, dass wir die Vielfalt der Erinnerungstermine im Jahr 2009 und unsere Verpflichtung für uns als Fraktion, aber auch für dieses ganze Haus sehen, diese vielen Daten des Erinnerns in diesem Jahr zum Anlass zu nehmen, dass sich dieses Haus aktiv mit den einzelnen Daten befasst. Und so ein Datum jährt sich heute. Heute ist der 20. Jahrestag der Gründung oder des Verfassens des Aufbruchtextes des Neuen Forums. Wenn Sie heute Morgen das Inforadio gehört hätten, dann hätten Sie gehört, dass ein großer Themenschwerpunkt zu dem Bereich gekommen ist und dort z. B. ein langes Gespräch mit Sebastian Pflugbeil stattgefunden hat, einem der Initiatoren dieses Aufrufs am 10. September 1989.

Verehrter Herr Hilse! Was für ein Problem haben Sie eigentlich mit unserem Antrag?

[Christian Gaebler (SPD): Das hat er doch gesagt!]

Es ist so, dass wir heute – und es ist immer etwas Symbolisches, wenn ein Parlament eine Entschließung verfasst – symbolisch exemplarisch erinnern, weil es das heutige Datum ist, um das es geht, um an die Vielfalt der breiten Bürgerbewegung in den Zeiten des Aufbruchs im Sommer und Herbst 1989 zu erinnern.

[Beifall bei den Grünen]

Ich finde, und ich denke, mit mir in Ost und West politisch engagierte Menschen, dass es ein gutes Zeichen gewesen wäre, wenn wir dieses heute zum Ausdruck bringen, 20 Jahre danach. Es wäre sicherlich richtig gewesen, wenn die SPD zur SDP-Gründung eine Resolution herausgebracht hätte und wir zur Grünen-Partei. Aber darum geht es doch gar nicht.

[Christian Gaebler (SPD): Doch, es geht darum!]

– Uns nicht! Uns geht es nicht um kleinkariertes Parteigehabe,

[Beifall bei den Grünen]

sondern uns geht es darum, hier einen breiten Konsens der Demokraten hinzubringen. Und ich möchte Ihnen sagen, Herr Gaebler: Gerade Ihr Verhalten in der letzten Woche – wir haben Ihnen frühzeitig diesen Antrag gegeben,

[Christian Gaebler (SPD): Am Freitag!]

in der Hoffnung, dass wir hier einen breiten Konsens aller hinbekommen. Auch für uns ist es nicht ganz einfach, mit den ehemaligen Blockparteileuten, die sich hinter CDU und FDP verbinden, diesen Antrag zu bringen. Aber gerade Sie hätten es gut gemacht, wenn Sie Ihren Koalitionspartner dazu gebracht hätten, in einen aktiven Erinnerungsprozess einzutreten und hier eine gemeinsame Resolution zu unterzeichnen und zu beschließen.

[Christian Gaebler (SPD): Das hat nichts mit unserem Koalitionspartner zu tun!]

Das wäre gut gewesen. Es geht hier nicht um Kleinigkeiten. Es geht hier nicht um Eifersüchteleien. Ich denke, es wäre ein gutes Zeichen dieses Parlaments gewesen, dies heute nach außen zu schicken als eine aktive Form der Erinnerungspolitik, der sich ein Parlament sehr gut anschließen könnte.

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin! – Herr Kollege Hilse, möchten Sie replizieren? – Dann haben Sie das Wort!

[Christian Gaebler (SPD): Immer die fundierten Westler, die die Bürgerbewegten geben!]

Torsten Hilse (SPD):

Sehr geehrte Frau Ströver! Wenn es Ihnen um einen Konsens gegangen wäre, hätten Sie das erstens nicht als dringlichen Antrag eingebracht, denn es steht seit 20 Jahren fest, dass sich dieses Thema heute jährt

[Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Oh nein!]

beziehungsweise vor wenigen Tagen gejährt hat. Zweitens hätten Sie sehr viel besser alle Fraktionen einbinden können

[Özcan Mutlu (Grüne): Hätten Sie doch auch mal was machen können!]

Torsten Hilse

– wir machen ja etwas –, und drittens sage ich Ihnen noch etwas, Frau Ströver: Ich will die Leistungen des Neuen Forums überhaupt nicht kleinreden. Überhaupt nicht. Aber ich persönlich und wir Sozialdemokraten möchten uns nicht auf eine Schiene setzen lassen, die partikular die Bewegungen des Herbstes 1989 zerlegt und sich das herausgreift, was gerade gefällt. Stellen Sie sich vor, wir kämen mit einem Antrag zur Würdigung der Gründung der Sozialdemokratischen Partei,

[Özcan Mutlu (Grüne): Sie haben wirklich nichts verstanden!]

oder die CDU mit einem Antrag zur Würdigung der Fusion von Demokratischem Aufbau und CDU. So kommt jeder, und wer gerade niemand im Parlament sitzen hat, geht leer aus. Das ist unhistorisch und ungeschichtlich. Das machen wir nicht mit.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Jetzt geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Lehmann-Brauns. – Bitte schön, Herr Lehmann-Brauns, Sie haben das Wort!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Ströver! Ihre kleine Nebenbemerkung mit Block und so nehme ich zum Anlass, um Sie daran zu erinnern, dass nicht alle grünen Abgeordneten von Anfang an auf Seiten der Bürgerbewegung waren. Wir hatten eine Menge im Ausschuss aufzuarbeiten. Aber dabei will ich es bewenden lassen.

Ich finde auch nicht, dass sich dieser Antrag dazu eignet, dass wir uns streiten. Verzeihen Sie, dass ich so naiv bin – ich bin noch gar nicht so lange in diesem Parlament –, aber ich habe nicht verstanden, Herr Hilse und meine Damen von der SPD, weshalb Sie gegen diesen Antrag sein können. In meiner Vorbereitung habe ich mich nicht nur auf das Neue Forum kapriziert. Na, selbstverständlich meinen wir mit dem Neuen Forum alle Oppositionsbewegungen, jeden Widerstand, jeden Bürgerrechtler.

[Beifall bei den Grünen – Lars Oberg (SPD): Dann schreibt es auch!]

Das ist kein Ausgrenzungsantrag, den wir hier vorliegen haben. Das ist ein exemplarischer Antrag, weil es auf dieses Datum fällt. Wir sollten uns nicht gegenseitig irgendwelche schmutzige Wäsche vorhalten, sondern sollten diesem Antrag zustimmen. Ich werde ganz zum Schluss noch eine Bitte äußern, an der Sie merken, dass wir an einer gemeinsamen Würdigung interessiert sind.

Lassen Sie mich noch einmal ein wenig Wasser in den Wein gießen, denn die Politik des vereinigten Deutschlands hat für diejenigen, die sich mit so viel Mut gegen eine Diktatur gewehrt haben, gegen Aussperrung, gegen Quälereien, gegen Gewalt, klammheimliche und rohe, doch zu wenig getan. Ich finde – Herr Hilse hat bereits zwei Namen genannt – insgesamt sind zu wenige von diesen Bürgerrechtlern, von diesen Widerständlern in der Politik angekommen und bestimmen zu wenig mit. Eher mitgekommen und mitgelaufen sind diejenigen, die die DDR und die Diktatur mitgetragen haben und dort zum Teil auch Mittäter waren. Das ist bedauerlich.

Ich möchte auch noch auf eine zweite bedauerliche Sache hinweisen. Das ist die Art und Weise mit der die deutsche Rechtsprechung mit diesem Thema umgeht. Die verbietet den Bürgerrechtlern, zum Beispiel neulich Frau Birthler über das ZDF, das zum Ausdruck zu bringen, was sie selbst erfahren oder in den Akten gefunden haben. Diese Art und Weise der Bewältigung ist unerfreulich. Das ist eine Bewältigung von Diktatur, die in Deutschland eine schlechte Tradition hat. Wir sollten alle die Gelegenheit ergreifen – und zwar übergreifend über die Fraktionen –, diese Rechtsprechung zu kritisieren.

Vielleicht noch Eines: Wir sind als CDU-Fraktion gegen jede Art von Schlussstrichmentalität. Wir wollen niemanden ächten, wir wollen niemanden ausgrenzen. Wir wissen, auch wir sind keine besseren Menschen als diejenigen, die damals mitgemacht haben. Aber wir wollen den offenen Dialog, wir wollen entsprechend der Situation in Südafrika eine wahrheitsgemäße Diskussion.

Damit bin ich bei unserem Antrag, der nichts weiter tut, als den tapferen Menschen von damals eine Ehre zu erweisen, die ihnen gebührt – nicht nur den Mitgliedern des Neuen Forums, sondern auch allen anderen.

Zum Abschluss: Wir sollten es nicht bei dieser Erklärung, wenn sie denn doch zustande kommt, belassen. In unserer Gedenkstättenlandschaft fehlt ein Zentrum für alle Widerständler – ein Zentrum für den Kampf des Neuen Forums und vieler anderer Oppositioneller, auch vieler Namenloser, Bürgerrechtler und Menschenrechtler. Wir sollten gemeinsam ein solches Zentrum in Berlin vorbereiten und irgendwann beschließen. Ich habe allen Fraktionen einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Ich hoffe auf Zustimmung und Verständnis aller Fraktionen. Es würde den Mut der Menschen, die sich in der Diktatur für unsere Werte eingesetzt haben, aufbewahren. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Für die Linksfraktion hat nunmehr Frau Seelig das Wort. – Bitte schön, Frau Seelig!

Marion Seelig (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Verlauf der Debatte zeigt, dass es doch nicht immer gut ist, zu

Marion Seelig

jedem einzelnen Ereignis in einem solchen Gedenkjahr wie dem Jahr 20 nach dem Mauerfall eine Debatte zu führen. Das Problem, meine Damen und Herren von den Grünen, besteht darin, dass Sie uns Ihre historische Darstellung auf den Tisch legen und wir in der Kürze der Zeit zu überlegen haben, wie wir das ergänzen sollen, erweitern können.

[Andreas Gram (CDU): So neu ist das Thema ja nun auch nicht!]

Es ist eine schwierige Art des Herangehens. Ich muss sagen, dass es mich ziemlich befremdet hat, in welcher Art und Weise der Kollege von der SPD hier behandelt worden ist. Dass er in einer besonderen Stellung zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei steht, ist klar. Nur ein Datum, nur eine Gruppe herauszunehmen, auch wenn wir heute den 10. September haben, halte auch ich für schwierig. Das Wesen dieser Bürgerbewegung, dieser Gruppen bestand bei allen Unterschieden und Streitereien darin, gemeinsam an dem Ziel festzuhalten, dieses System zu überwinden, zu reformieren und eine neue Form des Zusammenlebens, eine demokratische Form zu finden. Gleichwohl ist es richtig, dass das Neue Forum, das am 10. September 1989 in Grünheide von 30 Oppositionellen insbesondere aus der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ gegründet wurde, in der Öffentlichkeit eine riesige Resonanz gefunden hat. In Windeseile verbreitete sich der Aufruf, und mehr und mehr Menschen unterschrieben die Forderung, öffentlich einen Dialog zwischen Bevölkerung und Regierung zu führen.

Das Problem, das ich mit diesem Entschließungsantrag habe – so ging es mir bereits mit dem einen oder anderen Antrag, den die Grünen hier zur politischen Würdigung der Ereignisse von 1989 eingebracht haben –, ist die Tatsache, dass sich in diesem Jahr die Ereignisse, die zu dieser friedlichen Revolution und zur Maueröffnung am 9. November geführt haben, regelrecht überschlugen und dass eigentlich jedes seinen eigenen Stellenwert hat. Deshalb ist es schwierig für ein Parlament, will es nicht einer gewissen Beliebigkeit unterliegen, in kurzem Rhythmus verschiedene Ereignisse herauszuheben und andere zu übergehen. Allein die Menge an Protagonisten und Geschehen um den 10. September herum macht eine Einordnung schwer. Am 4. September fand im Anschluss an der Friedensgebet in der Nikolaikirche die erste Leipziger Montagsdemonstration statt. Das war ja wohl auch nicht nichts.

Am 12. September wird der Gründungsaufruf von Demokratie Jetzt veröffentlicht. Am 18. fordern prominente Rockmusiker und Liedermacher: „Die Zeit ist reif“ ebenfalls einen Dialog mit den oppositionellen Gruppen ein. Vor dem 10. September ist bereits die Böhlener Plattform verabschiedet worden, die zur Gründung der Initiative „Vereinigte Linke“ führte. Das ist ganz wichtig, bereits am 24. September trafen sich eben all diese Vertreter des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs, von Demokratie Jetzt, der Vereinigten Linken und weiterer oppositioneller Gruppen. Diese Gemeinsamkeit ist ja nicht umsonst auch von meinem Vorredner von der SPD hervorgehoben worden.

[Beifall von Wolfgang Brauer (Linksfraktion) – Zuruf von Alice Ströver (Grüne)]

Schließlich wird am 7. Oktober, am 40. Gründungstag der DDR, in Schwante die Sozialdemokratische Partei gegründet, was zugegebenermaßen nicht nur hochsymbolisch, sondern auch eine Art von Kampfansage an die DDR-Führung war. Wenn ich persönlich damals auch nichts von Parteibildungen hielt, so hatte man aber doch verstanden, dass sich statt Dialog hier möglicherweise die Machtfrage stellte – auch ein ganz herausragendes Ereignis.

Nun ja, es ist alles ein wenig anders gekommen, aber der Fülle der Ereignisse wird man durch das Herausheben von einigen wenigen nur schwer gerecht, und wenn, dann auch nicht unbedingt in so einer Parlamentsdebatte. Ich fand zum Beispiel, statt eines Entschließungsantrags die Veranstaltung zu Jürgen Fuchs zu machen und ihn auf eine andere Art zu würdigen, eine gute Gelegenheit, sich mit den Ereignissen vor 20 Jahren auseinanderzusetzen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD – Zuruf von Alice Ströver (Grüne)]

Wir schlagen vor, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen und ihn sozusagen als Material für einen gemeinsamen Antrag zum 9. November anzusehen, der das Jahr der friedlichen Revolution umfänglicher würdigt. Ich glaube, ich konnte Ihnen anhand nur einiger weniger weiterer Daten deutlich machen, dass die Dynamik der Entwicklung nicht am 10. September allein festgemacht werden kann. Ich möchte auch noch daran erinnern, dass dieses Haus ja noch die Freude hatte, ganz zu Beginn der gemeinsamen Zeit, das Neue Forum als eigene Fraktion in diesem Hause beherbergen zu können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Seelig! – Für die FDP-Fraktion hat nunmehr der Kollege von Lüdeke das Wort. – Bitte schön!

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich etwas über die Scharfmacherei, die es hier angesichts dieses doch ernsten Themas gibt, und wundere mich auch etwas über die Kollegin Ströver, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich möchte auf diese Anwürfe, die die Blockparteien betreffen, nicht eingehen. Sie wissen ganz genau, wir haben hier nicht um Formulierungen oder sonst was gekämpft, sondern sie haben es mit einer FDP-Fraktion zu tun gehabt, die dieser Sache sehr gerne und ohne große Umstände gefolgt ist.

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Hätten Sie mal hingeguckt!]

Klaus-Peter von Lüdeke

Ich gehe darauf nicht ein, aber ein bisschen verärgert sind wir trotzdem.

[Beifall bei der FDP]

Der Antrag ist im Übrigen – deshalb wundere ich mich über die Diskussion – ein weiterer Beitrag zum Themenjahr „20 Jahre Mauerfall“. Er ist auch ein Beitrag zur Demokratiegeschichte, die untrennbar mit einem zentralen Gut verknüpft ist. Und dieses zentrale Gut sind die Bürgerrechte. Grundwerte eines bürgerlichen und damit demokratischen Systems waren in der totalitären DDR verpönt. Ihr Einfordern wurde als größte Bedrohung des Staates überhaupt gewertet und entsprechend geahndet. Die Forderung stellte vor 20 Jahren das Neue Forum. Diese Forderung nach einem demokratischen Dialog zwischen Staat und Bürgern und Bürgern und Staat war wahrlich revolutionär.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Volker Ratzmann (Grüne)
und Andreas Otto (Grüne)]

In aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land sollte sich ein gesellschaftlicher Reformprozess vollziehen. Die historische Analyse macht deutlich, dass die DDR mit ihrem repressiven Charakter zwar den Kapitalismus als überlegenes Wirtschaftssystem fürchtete, vielmehr aber noch fürchtete die DDR Forderungen nach einer Gesellschaft mit demokratischen und freiheitlichen Strukturen, die selbstbewusste Bürger mit Anspruch auf Teilhabe und Gestaltung erhoben. Dieses Verdienst hatten die Gründer des Neuen Forums.

[Beifall bei der FDP]

Mit hohem persönlichen Mut und unbeirrbarem Einsatz forderten sie das Recht auf Mit- und Umgestaltung einer Gesellschaft, die schon längst nicht mehr ihre war. Die Ideale der Französischen Revolution, der Aufklärung, des deutschen Idealismus – alles das wurde Ansporn des Engagements und politisches Ziel zugleich. Subjektive Teilhabe an der Gesellschaft, Wahlfreiheit, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Freiheit und Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung – mit diesem Wertekanon sah sich die politische Führung der DDR konfrontiert. Die DDR beugte sich zwar dem öffentlichen Druck und ließ das Neue Forum am 8. November 1989 als politische Gruppierung zu, aber da war es längst zu spät. Die Abstimmung mit den Füßen in Richtung Westen hatte eingesetzt. Die öffentlichen Dialoge im Lande fanden längst ohne die politische Führung statt. Die Mauer fiel. Und so wurde das Neue Forum zum Symbol, zum Sargnagel eines Staates, der nicht mehr reformierbar war.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Margit Görsch (CDU)]

Ich möchte gerne an dieser Stelle Bärbel Bohley zitieren, die in einem Interview im letzten „Spiegel“ sagte:

> Dieses Gefühl, das den Osten wirklich bewegt hat und das so viel Energie besaß, ist leider sehr schnell untergegangen.

Bald war die DDR Geschichte, Deutschland wieder ein Staat. Das Neue Forum wandelte sich – Herr Otto hatte es vorhin schon in seiner Rede drin –, es spaltete sich, ging in den Parteien auf, auch in der liberalen Partei, und überlebt bis heute als Bürgerrechtsbewegung auf kommunaler Ebene. So trug der Kampf des Neuen Forums für eine Reformierung des DDR-Systems entscheidend zur Einheit Deutschlands bei.

[Beifall bei der FDP]

Solch mutiges Eintreten für Demokratie und Freiheit muss parlamentarisch gewürdigt werden. An den Kampf für Bürgerrechte zu gemahnen, ist für jede Partei richtig und wichtig. Deshalb wundere ich mich über diese Beiträge, die hier heute stattfinden. Sie waren nicht mal in der Lage, einen Alternativantrag zu präsentieren. Sie wussten, dass dieser Antrag auf Sie zukommt. Sie wollen mit diesem Antrag so umgehen, dass Sie ihn in den Ausschuss bringen und dort in irgendeiner Form loswerden. So geht das nicht. Da Sie keinen eigenen Antrag präsentiert haben, wäre es geradezu peinlich, diesem Antrag heute nicht zuzustimmen. Ich fordere Sie auf, denken Sie noch mal darüber nach, ob Sie den wirklich ablehnen können! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird um Überweisung an den Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten gebeten. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 42 B:

Dringlicher Entschließungsantrag

Null Toleranz für rechtswidrige CDU-Werbung am Charlottenburger Tor

Entschließungsantrag der Grünen Drs 16/2620

Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen.

Wortmeldungen sehe ich auch nicht.

[Zurufe von Uwe Goetze (CDU)
und Björn Jotzo (FDP)]

Frau Hämmerling, Sie wollen sprechen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Claudia Hämmerling (Grüne):

Ich würde den Antrag schon ganz gerne begründen. – Das ist schon bemerkenswert, mindestens zwei Großplakate der Law-and-Order-CDU sind rechtswidrig, das größte hängt am Charlottenburger Tor auf einer Fläche von über 3 000 m², ein kleineres am Lützowufer. Dort ist für ein Haus ein Abrissantrag gestellt worden. Eine Fassade ist